Abend-Ausgabe.

Saale-Zeitung.

Dreiunddreißigster Jahrgang.

Bezugspreis
für Halle vierteljährlich 2,50 M., bei zweimaliger Bestellung 2,75 M., durch die Post 3 M., zweimonatlich 2 M., einmonatlich 1 M., ausschl. Bestellgeld. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen. Nr. 6308 des amtl. Zeit.-Verz.

Für die Redaktion verantwortlich Dr. Ewald Schulze in Halle.

[Fernsprechverbindung Nr. 176.]

Anzeigen
werden die Spaltenzeile oder deren Raum mit 20 Pfg., solche aus Halle mit 15 Pfg. berechnet und in der Expedition, von unsern Annahmestellen und allen Annoncen-Expeditionen angenommen. Reklamen die Zeile 60 Pf.
Erscheint wöchentlich zwölfmal; Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich.

[Der Abdruck unserer Original-Artikel ist nicht gestattet.]

Nr. 312. Halle a. d. Saale, Donnerstag den 6. Juli **1899.**

Bestellungen

auf die Saale-Zeitung für das laufende Vierteljahr werden von allen Reichspostanstalten, in Halle von der unterzeichneten Expedition und den bekannten Ausgabestellen, unausgesetzt angenommen. **Die Expedition.**

Kartelle und Trusts.

Durch die Blätter geht seit einigen Tagen der Widerhall einer Fehde, die zwischen den Mitgliedern des deutschen Tapetenrings ausgebrochen ist. Mehrere Firmen haben sich von den Fesseln dieser Ringbildung befreit und werden dafür von den Leitern des Ringes öffentlich angegriffen, was dann wieder ebenso heftige Entgegnungen zur Folge hat. Bei dieser Gelegenheit erfährt man, daß das Publikum seinen Bedarf an Tapeten mit Preisaufschlägen bis zu 150 Proz. über den Herstellungswerth hinaus zu bestreiten gezwungen ist. Die Angelegenheit ist gewiß wichtig genug, bleibt aber naturgemäß an Bedeutung weit zurück hinter den enormen Faktoren, die auf anderen Gebieten des Wirthschaftslebens bei den Ringbildungen maßgebend sind, so bei den Kartellen für die Kohlenproduktion, für die Walzwerke, die Schienenlieferungen, den sonstigen Eisenbahnbedarf usw. Dabei soll noch gar nicht einmal die Rede sein von den ausländischen Kartells und Trusts, die sich mit ihren Wirkungen über die halbe Welt, oft über die ganze, erstrecken; wir erinnern nur an die Standard-Oil-Company und die konkurrirende Rothschildgruppe, die ihre Hand auf die kaukasischen Petroleumquellen gelegt hat.

Als im Reichstage jüngst die Zuchthausvorlage berathen wurde, streiften mehrere Redner, darunter der Abg. Lenzmann, auch die hier berührten wirthschaftlichen Erscheinungen, und zwar unter Hervorhebung der Thatsache, daß keine wirthschaftliche Koalition von Arbeitern einen so starken Druck auf die Berufsgenossen auszuüben vermag, wie es die großen Ringe ihren Mitgliedern gegenüber, aber auch denen gegenüber thun, die noch nicht Mitglieder geworden sind. Die Macht der Kartelle wirkt einfach und unwiderstehlich. Verloren ist der Fabrikant, der sich nicht anschließen möchte. Wir unsererseits stehen diesen Fragen im Bewußtsein größtmöglicher Objektivität gegenüber. Wir unterschreiben bereitwilligst sehr vieles von dem, was gegen die Kartelle und Trusts vorgebracht wird. Es wäre ja auch thöricht, zu leugnen, daß diese Vereinigungen, indem sie die Preise bestimmen, preissteigernd wirken, womit allein schon gesagt ist, daß schwere Nachtheile für das Publikum die Folgen von Kartellirungen sind, deren Nutzen zunächst nur einzelnen, zuweilen ganz wenigen Personen zufällt. Auf der andern Seite kann man aber nicht bestreiten, daß die Kartelle insofern gut wirken, als sie vernichtende Preisunterbietungen fernhalten. Hat das Publikum zweifellos auch Gewinn davon, wenn die Preise sinken, so bleibt daneben die Frage bestehen, ob eine der Industrien, in denen die Ringbildungen vor sich zu gehen pflegen, fortgesetzte Preisstürze überhaupt ertragen kann. Nicht jede kann es, und wenn im Verlaufe eines regellosen Wettbewerbs die Grenze erreicht wird, wo sich der Betrieb nicht mehr rentirt, so ist die Zahl der Geschädigten groß. Nicht blos die Fabrikanten gehören alsdann zu ihr, sondern auch die große Arbeitermasse, die in den betheiligten Industrien beschäftigt ist. Es kommt hinzu, daß der natürliche Anspruch der Arbeiter auf angemessene Entlohnung um so schwieriger durchzusetzen ist, je unlohnender der Betrieb wird, während umgekehrt ein gewisses Hochhalten der Preise, das eben nur durch Kartellirung erreichbar ist, die Arbeiter eher in den Stand setzt, verständige Forderungen befriedigt zu sehen. Wenn gegenwärtig die Löhne im Bergwerksbetriebe und in der Eisenindustrie ausreichend sind, so wird das nicht zuletzt den Kartellen mit verdankt.

Jedenfalls sieht man bei der Betrachtung dieser Erscheinungen vor einer wirthschaftlichen Nothwendigkeit, die mit Klagen und Beschwerden nicht aus der Welt zu schaffen ist. Der Verein für Sozialpolitik, der vor mehreren Jahren die Frage der Kartelle auf die Tagesordnung seines damaligen Kongresses gesetzt hatte, war in jenen Berathungen ungefähr zu demselben Ergebniß gekommen wie kurz darauf der sozialdemokratische Parteitag des betreffenden Jahres, zu dem Ergebniß nämlich, daß man nicht den geringsten Anlaß hat, sich für Kartelle, Ringe und Trusts zu begeistern, daß aber auch keine Veranlassung vorliegt, diese Vorgänge zu verdammen. Im übrigen würde es ja auch vollkommen gleichgiltig sein, ob man solche Erscheinungen lobt oder verurtheilt; sie folgen ihren eigenen Gesetzen, und nur kurzsichtige Menschen lieben es, sich über Dinge zu ärgern, die ihnen mißfallen. Wer weiter blickt, bescheidet sich mit seiner Meinung und sucht vor allem zu verstehen, wie das jenige, was auch ihm Unbehagen erregen mag, so hat werden müssen, wie es eben geworden ist.

Sehr merkwürdig ist es nun aber, daß eine wachsende Bewegung gegen die Kartelle und Trusts gerade in dem Lande entsteht, wo diese moderne Form der einheitlichen Kommandirung von assoziirten Kapitalien zuerst ihre Ausbildung erfahren hat. In den Vereinigten Staaten von Amerika wird zur Zeit ein ungemein energischer Feldzug gegen die Trusts geführt, und da die Ursachen der Erregung von einer Beschaffenheit sind, wie wir sie bei uns bisher nicht kennen gelernt haben, so verlohnt es sich um so mehr, diesen Vorgängen unser Augenmerk zuzuwenden; denn es könnte sein, daß auch in Deutschland ähnliche Uebergriffe erfolgen, was dann wahrscheinlich gleich kräftige Reaktionen seitens der Oeffentlichkeit bewirken würde. In Amerika wird darüber geklagt, daß die Trusts zahlreiche unmotivirte Preiserhöhungen für gut befunden haben, daß sie überaus umfangreiche Entlassungen von Angestellten und Arbeitern beschlossen haben, daß sie durch die Vereinigung der bis dahin in Konkurrenz befindlichen Werke zahlreiche Personen, die in der Gründung, Ausgestaltung und Leitung industrieller Werke Hervorragendes geleistet haben, aus dem praktischen Leben und aus der Bethätigung in der Entwicklung der Industrie gewaltsam ausschalten. Die Zurückdrängung des persönlichen Elements in der Leitung und Entwicklung des einzelnen Werkes wird als böser Keim von Zersetzung und Rückschritt betrachtet. Diese Auffassung, die sich auf die tieferen Gründe der sozialwissenschaftlichen Erscheinung stützt, begegnet sich mit dem Unwillen, den die breite Masse der Bevölkerung über die sichtbaren, sich unverzüglich in materielle Tributzahlung an die Kartelle und Trusts umsetzenden Schäden empfindet. In mehreren Staaten der Union sind neuerdings Spezialgesetze gegen Trusts erlassen worden, so in Arkansas, New York, Michigan, Missouri und Texas. Antitrustgesetze sind in Vorbereitung in Florida, Georgia und Louisiana. In St. Louis soll im September eine Versammlung der Gouverneure und Generalstaatsanwälte der südlichen Staaten stattfinden, die auf Anregung des Gouverneurs von Texas ein gemeinsames Vorgehen dieser Staaten beschließen wird.

Auch die Gerichte sind den Trusts seit einiger Zeit wenig freundlich gesinnt und fällen harte Urtheile gegen sie, so oft bezügliche Streitfragen überhaupt zur gerichtlichen Entscheidung kommen.

Wenn die Leiter der deutschen Kartelle daraus lernen wollten, daß der Bogen nicht überspannt werden darf, so wäre das eine sehr nützliche Sammlung und Anwendung von Erfahrungen. Hoffentlich wird die Lehre auch beherzigt.

Deutsches Reich.

Das Herrenhaus und die Zuchthausvorlage.

Das Herrenhaus hat gestern aufs neue bewiesen, daß es eine der rückständigsten Einrichtungen unseres Verfassungsstaates ist. Man hat über einen Antrag debattirt, der der Regierung Anerkennung und Zustimmung für die „Zuchthausvorlage" ausdrücken soll. Mit welchem Erfolge das geschehen ist, haben wir bereits im Morgenblatte mitgetheilt. Eine Enttäuschung wird der Beschluß des „hohen Hauses" wohl bei niemandem hervorrufen, dafür aber auch keine Entrüstung: etwas anderes war von dieser Seite überhaupt nicht zu erwarten. Es wurden vor allen Dingen wieder einmal schneidige Reden gehalten, um der Welt zu zeigen, daß das Herrenhaus überhaupt noch da ist und den Willen hat, reaktionäre Maßnahmen der Regierung zu unterstützen.

In der Scharfsmacherpresse war der Antrag des Grafen Mirbach schon vorher natürlich mit heller Freude begrüßt worden. Man gab die Hoffnung kund, daß die Regierung eine energische Erklärung abgeben und auch die neuerlichen Vorgänge in Herne zu Gunsten der Zuchthausvorlage verwerthen werde. Nun, die schneidige Erklärung der Regierung blieb aus, was uns sehr charakteristisch erscheint. Im übrigen aber haben auch die gestrigen Debatten des Herrenhauses uns in der Meinung bestärkt, daß die neuerdings mit Vorliebe dafür herangezogenen Arbeiterunruhen in Westfalen absolut nichts für die Nothwendigkeit neuer Strafbestimmungen beweisen. Gerade bei den Vorgängen in Herne hat sich gezeigt, daß nicht die Androhung von Strafen Ausschreitungen verhindert, sondern das rechtzeitige und energische Einschreiten der Polizei die Hauptsache ist. Selbst wenn die Zuchthausvorlage geltendes Recht wäre, so würde an den thatsächlichen Vorgängen in Westfalen sicher nicht das Mindeste geändert worden sein.

Außerhalb des Kreises der Scharfmacher wird dem Vorgehen der Herrenhausjunker keine praktische Bedeutung beigemessen. Die Mehrheit des Deutschen Reichstags, die aus guten, in der Verhandlung unwiderlegt gebliebenen Gründen sich zur Ablehnung des Zuchthausgesetzes entschlossen hat, wird sich durch das Votum des Herrenhauses zu keiner andern Stellungnahme bewegen lassen. Im Gegentheil, gerade das Eintreten der Junker für die geplante Verkümmerung der Koalitionsfreiheit wird der Reichstagsmehrheit ein Zeichen dafür sein, daß sie sich auf dem richtigen Wege befindet.

Das Herrenhaus ist eine Interessenvertretung ausgesprochenster Art. Seine Zusammensetzung entspricht in keiner Weise den realen Verhältnissen im Staate. In seiner überwiegenden Mehrheit ist das Herrenhaus anzusehen als eine Vertretung des Großgrundbesitzes, und zwar in der Hauptsache des ostelbischen Großgrundbesitzes. Das Vorgehen des Herrenhauses wird lediglich die Folge haben, daß unter anderem die Frage aufgerollt wird, ob das Herrenhaus überhaupt nothwendig ist. Wir sind der Ansicht, daß diese Körperschaft keinerlei Daseinsberechtigung hat. Im Reich kommt man ohne eine solche erste Kammer aus, in Preußen würde das erst recht der Fall sein. Je mehr das Herrenhaus in Dingen, die es nichts angeht, sich in den Vordergrund drängt, um so mehr wird es die Gegenströmung verstärken, welche die Beseitigung des Herrenhauses für „dringend geboten" erachtet.

Ueberwuchernde Interessenpolitik.

Seit Jahren stehen wir in Deutschland im Zeichen einer Interessenpolitik, die nahezu auf alle Fragen des öffentlichen Lebens einwirkt und einen das Gemeinwohl schädigenden Einfluß gewonnen hat. Unter dem Regime des Fürsten Bismarck ist diese Interessenpolitik groß geworden und als unheilvolles Erbe seinen Nachfolgern hinterlassen worden. Wie üppig sie ins Kraut geschossen ist, dafür haben gerade in der letzten Zeit die Verhandlungen über den Mittellandkanal erschreckliche Beweise geliefert. Eine spätere Geschichtsschreibung wird den Interessenkampf um den Mittellandkanal zu den seltsamsten Erscheinungen rechnen, die am Ende des 19. Jahrhunderts in Deutschland hervorgetreten sind. Man male sich das Bild aus, welche Entwicklung unser Verkehrswesen wohl genommen hätte, wenn früher derartige, alle Rücksichten des Gemeinwohls beiseite setzende Sonderinteressen maßgebenden Einfluß gewonnen hätten. Das Eisenbahnwesen wäre in den Anfängen der Entwicklung stehen geblieben, wenn für jede Eisenbahn, die zum Nutzen eines Landestheils gebaut wurde und naturgemäß Verkehrsverschiebungen mit sich bringen mußte, von anderen Landestheilen kostspielige Kompensationen verlangt worden wären. Die Eisenbahnverstaatlichung hätte bei solchen Anschauungen niemals durchgeführt werden können. Auch die zollpolitische Einigung Deutschlands wäre niemals zustande gekommen, wenn die heutige Interessenpolitik schon damals herrschend gewesen wäre; die Zollschranken im Innern wären niemals gefallen, wenn der Grundsatz in Geltung gewesen wäre, daß keine Verkehrsverschiebungen eintreten dürften und daß ängstlich abgewogen werden müßte, ob nicht ein Landestheil gegenüber einem anderen eine Bevorzugung erfahren könnte.

Die Regierung hat, die Gefahr einer solchen Interessenpolitik erkennend, es entschieden abgelehnt, über den Rahmen der von dem Staatsministerium beschlossenen Erklärung hinaus Zugeständnisse zu machen. Eine gewisse Ausnahmestellung ist Schlesien zugebilligt worden. Man kann, wenn man auch prinzipiell ablehnt, auf den Kompensationsboden zu treten, in der That Schlesien eine gewisse Berücksichtigung zugestehen, insofern es sich bei der Kanalfrage um zwei an der Grenze liegende Konkurrenzgebiete, die rheinisch-westfälische und die schlesische Industrie, handelt, die beide ihren Schnittpunkt in Berlin haben. Auch sind die schlesischen Forderungen auf Verbesserung der Oderwasserstraße durchaus gerechtfertigt. Diese Stellung Schlesien gegenüber kann man einnehmen, auch wenn man die Art, wie von manchen Seiten die schlesischen Ansprüche erhoben worden sind, durchaus nicht billigt.

Arbeitsnachweis und Arbeitsvermittelung.

Es war vor ein paar Monaten, als durch die Presse die Nachricht ging, der Schwager des Kaisers, Herzog Ernst Günther zu Schleswig-Holstein, habe eine Broschüre über den Arbeitsnachweis veröffentlicht. Da das Buch aber niemandem zu Gesicht kam, wurde es schließlich als apokryph bezeichnet. Heute aber stellt ein sozialdemokratisches Blatt, die „Leipziger Volkszig." fest, daß die Broschüre nicht apokryph ist. Sie liegt — sogar in zwei Exemplaren — dem genannten Blatte vor und führt genau folgenden Titel: „Arbeitsnachweis und Arbeitsvermittelung. Von Ernst Günther, Herzog zu Schleswig-Holstein; Stuttgart, Papier und Druck der Deutschen Verlags-Anstalt." Für den Buchhandel war diese Arbeit nicht bestimmt, das zeigt zunächst die sehr vornehme äußere Ausstattung des Büchleins von 39 Seiten in Großoktav, und dann das Fehlen der Angabe des Verlegers. Was die Zeit des Erscheinens betrifft, so läßt sich nur angeben, daß das Vorwort vom Dezember 1897 datirt ist. Der herzogliche Verfasser gesteht selbst in anerkennenswerther Weise ein:

„Zweck dieser Arbeit ist nicht, neue Vorschläge über die Organisation des Arbeitsnachweises niederzulegen, sondern diese Aufzeichnungen sind entstanden aus dem Bedürfniß der eigenen Information auf dem Gebiete des Arbeitsnachweises und der Arbeiterbewegung im allgemeinen."

Der Inhalt der Broschüre ist durchaus und in jeder Hinsicht vorurtheilslos und sachlich. Wir citiren zunächst nach der oben genannten Quelle, ohne jeden Kommentar, den Anfang und das Ende der Arbeit. In den ersten Sätzen des Vorwortes heißt es wörtlich:

„Zu den Aufgaben, welche auf sozialem Gebiete der Lösung harren, gehört eine zweckmäßige Organisation der Arbeitsvermittelung. Was in dieser Beziehung von der Reichsverwaltung und von den Bundesregierungen in den letzten Jahren geschehen ist, beschränkt sich zumeist auf Anregungen, welche nur zu vereinzelten lokalen Einrichtungen geführt haben. Eine umfassende gleichmäßige Regelung des Arbeitsnachweises steht noch aus. Das Bedürfniß einer solchen kann einem Zweifel nicht unterliegen."

Und der Schlußsatz der ganzen Arbeit lautet ebenso wörtlich:

„Soll der Arbeitsnachweis lebensfähig erhalten werden, so muß strenge Unparteilichkeit für ihn die Norm bilden und seine Fortdauer nicht etwa von einzelnen Bestimmungen, sondern lediglich von Angebot und Nachfrage abhängig bleiben."

Die beiden Sätze sind die einzigen, in denen die subjektiven Ergebnisse der „Informationen" des Verfassers niedergelegt sind, sie genügen aber in ihrer deutlichen und einfachen Knappheit hinlänglich, um des Verfassers Ansicht über die Nothwendigkeit und die Form des Arbeitsnachweises für Jedermann klarzulegen. Was zwischen diesen beiden citirten Sätzen liegt, ist — mit ganz geringen Ausnahmen — eine lediglich objektive geschichtliche Darlegung der Entwickelung der Arbeitsnachweise; „alles zeichnet sich," wie das sozialdemokratische Blatt hervorhebt, „gegenüber dem banausischen Ton, den man sonst bei adligen Produkten zu genießen hat, durch eine stilistisch vornehme und objektive Ruhe aus, wie denn überhaupt der Stil in seiner einfachen Formsicherheit sich sehr angenehm liest."

Das deutsch-amerikanische Kabel.

Der New Yorker Korrespondent der „Kreuzzeitung" macht darauf aufmerksam, daß die deutsche Regierung die vollständige Kontrolle über das in Ausführung begriffene Kabel zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten sich nicht gesichert, vielmehr das amerikanische Ende des Kabels der Commercial Cable Company in die Hände gegeben habe. Letztere Gesellschaft wird von den Millionären Mackey und Bennett gebildet. Bennet ist Herausgeber des „New York Herald," der in New York ebenso, wie in seiner Pariser Aus-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18990706026/fragment/page=0001

gabe große Deutschfeindlichkeit an den Tag legt. Ist der „New York Herald," doch, um ein Beispiel anzuführen, dasjenige amerikanische Blatt, das in Berlin konfiscirt wurde, weil es das vom Kapitän Coghlan im Klub vorgetragene Spottlied auf den deutschen Kaiser enthielt. Der New Yorker Korrespondent der „Kreuzztg." bezweifelt mit Recht, daß der Besitzer eines solchen Blattes die geeignete Person sei, Drahtnachrichten ungefärbt zu vermitteln. Da außerdem die englische und die französische Kabel-Gesellschaft in New York selbst den Dienst auf amerikanischem Boden versehen, so ist es um so weniger begreiflich, warum die deutsche Regierung das deutsch-amerikanische Kabel nicht lediglich einer deutschen Verwaltung übergeben hat. Wenn wirklich die Vereinigten Staaten die Erlaubniß zur Legung des Kabels von der Bedingung abhängig gemacht haben sollten, daß eine amerikanische Gesellschaft das amerikanische Ende des Kabels in die Hand bekäme, so entstände die Frage, ob durch die Legung des Kabels unter solchen Umständen für die deutschen Interessenten überhaupt ein Vortheil zu erwarten wäre. Es ist daher dringend zu wünschen, daß die deutsche Regierung in der Lage ist, über die Angaben des New Yorker Korrespondenten der „Kreuzzeitung" eine Aufklärung zu geben, welche die nothwendigerweise hervorgerufenen Bedenken zerstreut.

Parlamentarisches.

* Aus Abgeordnetenkreisen wird mitgetheilt, daß der Reichstags-Präsident Graf Ballestrem es entschieden abgelehnt habe, Anfragen von Mitgliedern des Reichstages über die Urdeberschaft der Korrektur im stenographischen Bericht zu beantworten, da er alles, was zu sagen ist, bereits in seiner amtlichen Berichtigung festgestellt habe. — Ob aber die Abgeordneten damit zufrieden sind?

Volkswirthschaftliches.

* Der Verbandstag deutscher Müller, der jüngst in Danzig versammelt war, beschäftigte sich auch mit dem Mittellandkanal, zu dem er eine bemerkenswerthe Stellung einnahm. Ueber das Thema „National-Verkehrspolitik und die Tarife der Staatseisenbahnen" führte der Referent Weyhmann-Marklebeerg aus: Die Schiffahrt hat einen großen Aufschwung genommen, seit durch den Norddeutschen Bund die Zölle auf den Wasserstraßen aufgehoben worden sind. Die Staatseisenbahnen sollen sich nicht nur rentiren, sondern noch große Ueberschüsse an die Staatskasse abführen. Die Wasserstraßen dagegen würden aus der Tasche der Steuerzahler erhalten und brächten keine Reinerträge für die Staatskasse. Die Wasserstraßen sollten mit höheren Abgaben belegt werden und alle Unterhaltungskosten sollten von den Benutzern getragen werden. Die Wasserstraßen machten den Schutzzoll illusorisch und kämen nur dem internationalen Freihandel zu Gute. Die Zölle seien herabgesetzt und die Abgaben auf den Wasserstraßen seien leider nicht erhöht worden. Artikel 4 der Reichsverfassung müsse abgeändert werden und entgegenstehende internationale Verträge müßten abgeschafft werden. Redner bringt eine dahingehende Resolution ein. In der Diskussion erklärte sich Schmerfeld-Elberfeld gegen die Resolution, welche den Verband sprengen könne. Weigert-Breslau: Auch er wolle auf den Vortrag nicht näher eingehen; auch nicht darauf, was national oder international sei. Redner erinnert an die traurige Zeit, wo eine „nationale Verkehrspolitik" getrieben wurde. Eine Schmach wäre es, wenn Holland uns infolge dieser Politik den Rhein absperren würde. Wenn wir die Wasserstraßen absperren und verstaatlichen wollten, so würde man auch die Landstraße durch Schlagbäume absperren. Wir werden davon ausgehen müssen, daß wir die Interessen der ganzen Nation auch berücksichtigen müssen. — Denselben Standpunkt vertrat ein anderer Redner. Der Niederrhein Müllern würde nicht geholfen, wenn man den großen Lasten auferlege. Andere Länder sorgten für Wasserstraßen und Preußen wolle es ebenso machen. Man sei bestrebt, die Verkehrsmittel zu verbilligen und man komme Herr Weyhmann mit diesem Antrage. — Nach längerer weiterer Debatte wurde die beantragte Resolution mit 77 gegen 46 Stimmen abgelehnt.

Verwaltung und Rechtspflege.

§§ Wie man uns mittheilt, wird eine direkte telephonische Verbindung von Berlin nach Basel hergestellt, die, obwohl sie über württembergisches und bayerisches Gebiet läuft, keinen Anschluß unterwegs haben wird.

* Die Vereinigung der beiden Städte Elberfeld und Barmen ist, wie schon heute morgen kurz erwähnt, jetzt auf's neue angeregt worden, und zwar vom Regierungspräsidenten von Düsseldorf, Freiherrn v. Rheinbaben. Der Regierungspräsident hat, wie der dortige „Gen.-Anz." mittheilt, auf die Vortheile hingewiesen, die bei einer Vereinigung herauskommen würden. Die Verwaltungskosten würden vereinfacht und die neue Stadt wäre dann die größte Industriestadt Preußens. Wenn aber eine Vereinigung überhaupt stattfinden sollte, so sei jetzt der geeignetste Moment. Es brauche dann in Elberfeld keine neue Oberbürgermeisterwahl stattzufinden; Oberbürgermeister Lentze von Barmen würde Oberbürgermeister der neuen Stadt, wogegen die Verwaltung in Elberfeld centralisirt würde. Auch die Stadtverordnetensitzungen würden im Rathhause zu Elberfeld stattzufinden haben. Die Wahl der Stadtverordneten solle so erfolgen, daß eine gleiche Anzahl aus Elberfeld wie aus Barmen hervorginge. In beiden Städten wurden hierauf Kommissionen gewählt, welche die wichtige Angelegenheit erörtern sollten. Während man in Barmen nun für das Projekt des Regierungspräsidenten ist, herrscht in Elberfeld in den Stadtverordnetenkreisen, wie die Erörterung in der geheimen Sitzung am Dienstag erkennen ließ, eine getheilte Meinung. Die Verhandlungen werden aber fortgesetzt und es ist immerhin nicht ausgeschlossen, daß sie zu einem günstigen Resultate führen.

* Das Landgericht Hechingen wies gestern in der Civilklage der lippischen Regierung gegen den früheren lippeschen Minister, jetzigen Regierungspräsidenten in Sigmaringen, Herrn v. Oertzen, den Anspruch der Klägerin auf Rückerstattung von 2000 M. Gehalt ab und verurtheilte sie weiter zur Zahlung von 900 M. Wartegeld an Herrn v. Oertzen, sowie zur Tragung der Prozeßkosten. Herr v. Oertzen hatte die Verpflichtung zur Rückzahlung des Gehalts an sich nicht bestritten, jedoch als Kompensation Wartegeld gefordert und in diesem Sinne Widerklage erhoben.

* Der Redacteur der „Gazeta Torumska", Johann Breiski in Thorn, ist verhaftet worden. B. war wegen Beleidigung des Schwetzer Landraths zu 60 Tagen Gefängniß verurtheilt worden. Gegen dieses Urtheil legte er Berufung ein, weil sein einziger Entlastungszeuge, der Abg. v. Czarlinski, nicht vernommen worden sei.

Schule und Kirche.

* Die Bestimmung im § 2 des Gesetzentwurfs, betr. die Dienststellung des Kreisarztes, wonach die Anstellung als Kreisarzt den Erwerb der medizinischen Doktorwürde an einer preußischen Universität erfordert, über die Zulassung der bei einer anderen Universität erworbenen Doktorwürde dagegen der Minister der Medizinalangelegenheiten entscheidet, ist von verschiedenen Seiten als eine unbillige Benachtheiligung des in anderen Staaten erworbenen Doktortitels aufgefaßt worden. Das bezeichnet die „N. A. Ztg." als Irrthum und schreibt dazu:

Wenn demgegenüber darauf hingewiesen ist, daß der preußische medizinische Doktortitel nach der gegenwärtigen Lage der Verhältnisse keinen Vorrang vor demjenigen an sonstigen deutschen Universitäten beanspruchen könne, so läßt sich das allerdings nicht bestreiten. Indeß ist es auch keineswegs die Absicht dieser Vorschrift, dem preußischen Doktortitel den Anschein eines höheren Werthes zu geben. Vielmehr ist sie durch den Umstand veranlaßt, daß für Preußen eine Verschärfung der Promotionsbedingungen in Aussicht genommen ist und wegen einheitlicher Regelung der Bedingungen auch bereits mit den anderen deutschen Bundesregierungen Verhandlungen schweben. Die Bestimmung in der vorgeschlagenen Form ist daher lediglich der Ausdruck der Thatsache, daß diese Verhandlungen noch nicht zum Abschluß gediehen sind. Sobald dies der Fall sein wird, was bei dem günstigen Stande derselben zu erwarten steht, unterliegt es keinem Zweifel, daß die uneingeschränkte Anerkennung des von den nichtpreußischen Universitäten des Reiches verliehenen medizinischen Doktortitels für die Anstellung als Kreisarzt im Wege genereller Anordnung des Ministers der Medizinalangelegenheiten erfolgen wird.

Soziale Angelegenheiten.

* Bei der Bearbeitung von Beschwerden wegen Geltendmachung von Entschädigungsansprüchen, sog. Arbeiterhilfsgesuchen, ist dem Reichs-Versicherungsamt die geringe Geneigtheit einer Anzahl von Berufsgenossenschaften aufgefallen, auf Rentenversicherungsanträge der Verletzten wegen eingetretener Verschlimmerung einen neuen berufungsfähigen Bescheid zu ertheilen. Häufig wird jedes erneute Eingehen auf die Sache abgelehnt, nichtärztliche Bescheinigungen werden als nicht beweisend und neubeigebrachte ärztliche Gutachten als abweichende Beurtheilung bezeichnet. Durch ein solches Verfahren wird eine große Zahl von Beschwerden der Verletzten an das Reichs-Versicherungsamt veranlaßt. Das letztere hat sich deshalb in einem Rundschreiben zu der Sache folgendermaßen geäußert:

„Zwar besteht keineswegs eine Verpflichtung der Berufsgenossenschaften, auf jedes Gesuch eines Verletzten wegen Erhöhung der Rente — namentlich wenn es nur darauf gestützt wird, daß der Verletzte sich in wirthschaftlicher Nothlage befinde oder mit der Rente nicht auskommen könne — in eine Beweisaufnahme einzutreten oder alsbald einen berufungsfähigen Bescheid zu ertheilen; auf der anderen Seite kann es aber auch nicht für gerechtfertigt erachtet werden, wenn die Berufsgenossenschaften in jedem Falle von dem Verletzten einen vollen Beweis für die behauptete Verschlimmerung verlangen. Es ist hier daran zu erinnern, daß die anderweitige Feststellung der Entschädigung nicht nur im Falle der Besserung des Zustandes der Verletzten, sondern auch im Falle seiner Verschlimmerung grundsätzlich von Amtswegen einzuleiten und zu betreiben ist. Hiernach muß es regelmäßig genügen, wenn der Verletzte in klarer und deutlicher Weise angiebt, inwiefern eine Verschlimmerung in seinem Zustande eingetreten sei, und diese Behauptung durch einigermaßen schlüssige Bescheinigungen belegt. Thut dies der Verletzte, so muß hierin ein genügender Anstoß für das Verfahren von Amtswegen erblickt werden. Als Mittel zur Glaubhaftmachung der Verschlimmerung dienen nicht nur ärztliche Atteste, sondern es genügen unter Umständen auch Bescheinigungen von Behörden und Privatpersonen (Nachbarn des Verletzten und dergl.), in denen die Angaben des Verletzten bestätigt werden. In manchen Fällen werden auch die Berufsgenossenschaften, wenn nach dem bereits in den Akten befindlichen ärztlichen Gutachten der bevorstehende Eintritt einer Verschlimmerung als wahrscheinlich anzunehmen ist, auch ohne solche Bescheinigungen auf den bloßen Antrag des Verletzten hin Anlaß nehmen müssen, das Verfahren aufzunehmen, die erforderlichen Beweisaufnahmen zu veranlassen und einen berufungsfähigen Bescheid zu erlassen."

Ausland.

Von der Friedenskonferenz.

Die zweite Kommission versammelte sich gestern zu einer Plenarsitzung und stimmte auf Antrag des Vertreters Rumäniens, Gesandten Beldiman, dem Antrage des holländischen Vertreters Prof. Dr. Asser bei, der den Wunsch zum Ausdruck bringt, daß der schweizerische Bundesrath die Initiative zu einer Revision der Genfer Konvention ergreifen möge. Der Bericht Rolin's betr. die Revision der brüsseler Erklärung über die Kriegsgebräuche wurde angenommen und wird der Konferenz unterbreitet werden. Graf Nigra regte an, Artikel 25 möge auf das Bombardement durch Seestreitkräfte Anwendung finden. Rolin sprach über die Umstände, unter denen die auf ein Bombardement durch Seestreitkräfte anwendbaren Regeln von denen abweichen müssen, welche ein Bombardement durch Landstreitkräfte betreffen. Nach der Besprechung drückte die Kommission den Wunsch aus, daß die Frage den Regierungen zu einer weiteren Prüfung überwiesen und auf das Programm einer späteren Konferenz gesetzt werde. Bei der Berathung von Artikel 46 der brüsseler Akte, der das Privateigenthum behandelt, wurde die Frage der Unverletzlichkeit des Privateigenthums zur See von den Vertretern der Vereinigten Staaten von Amerika aufgeworfen. Der russische Vertreter v. Martens gab in großen Zügen einen Auszug aus dem vom amerikanischen Vertreter White bezüglich dieser Frage an den Vorsitzenden der Konferenz gerichteten Schreiben und setzte auseinander, wie schwierig und umständlich es sein werde, zu einer Lösung zu gelangen, die auf einstimmige Annahme rechnen könne. Er schlug deshalb vor, die Frage einer späteren Konferenz zu unterbreiten. Der englische Vertreter Pauncefote sprach die Ansicht aus, daß die Frage nicht in den Rahmen der Konferenz gehöre. White vertrat die entgegengesetzte Meinung. Er wünsche nicht, daß die Angelegenheit wegen der Vorfrage ausgeschieden werde, er halte sie vielmehr für sehr wichtig und beantrage, sie dem Plenum der Konferenz vorzulegen. Der holländische Vertreter Rahusen schloß sich den Ausführungen White's an; der russische Vertreter Scheine bemerkte, die russische Regierung habe die von den Vereinigten Staaten aufgeworfene Frage nicht als eine solche angesehen, welche in den Rahmen der Konferenz hineingehöre. White erklärte sich mit einer von Martens vorgeschlagenen Resolution einverstanden, durch welche es für wünschenswerth erklärt wird, daß die von den Vereinigten Staaten aufgeworfene Frage auf das Programm einer neuen Konferenz gesetzt werde. Diese Resolution wird einer Plenarsitzung der Konferenz zur Annahme vorgelegt werden. Eine Annahme derselben schließt aber durchaus nicht in sich, daß die gegenwärtige Konferenz in der Frage zuständig sein soll, und zwar um so weniger, als eine große Anzahl der Delegirten nicht in der Lage sind, sich zu derselben zu äußern. Die Vertreter von Frankreich, England und Rußland machten ihre Vorbehalte. Hierauf nahm die Kommission einen Antrag Eyschen's an, dahingehend, die Frage der Festsetzung der Rechte und Pflichten der Neutralen auf das Programm einer neuen Konferenz zu setzen.

Im ungarischen Abgeordnetenhause führte gestern in Beantwortung einer Interpellation Ugron, betreffend die Vertretung Montenegros durch Rußland auf der Haager Konferenz, Ministerpräsident von Szell aus:

„Unsere Monarchie hatte keinen Grund und konnte auch keinen Vorwand haben, Einwand dagegen zu erheben, daß Rußland am Haag auch Montenegro vertrete, umso weniger, als bei internationalen Berührungen im diplomatischen Verkehr es ein sehr häufiger Fall ist, daß ein Staat einen anderen vertritt, zu dem er freundschaftliche Beziehungen unterhält. So geschieht es, daß gerade in Montenegro unser dortiger Ministerresident auch Deutschland vertritt und die deutschen Interessen wahrnimmt; andererseits kommt es vor, daß die Vertretung der österreichisch-ungarischen Interessen und kommerziellen Angelegenheiten Deutschland anvertraut ist und daß umgekehrt wir die deutschen Interessen vertreten. Auch auf Kongressen und in Konferenzen hat schon oft genug ein Staat den anderen vertreten; so ist es gerade mit Montenegro geschehen, daß wir damit betraut waren, dieses Land auf den Sanitätskonferenzen zu Venedig und Dresden zu vertreten. Jetzt hat es sich auf der Haager Konferenz so gefügt, daß Rußland mit der Vertretung Montenegros betraut ist und auch für dieses Land stimmt. Es entspricht dieses vollkommen den in internationalen und diplomatischen Berührungen üblichen Normen, und es lag kein Grund für uns vor, ja es war geradezu ausgeschlossen, daß wir dagegen Verwahrung einlegen, oder daß dieses Besorgniß in uns erregen könnte. Der Minister des Aeußern und auch die ungarische Regierung waren der Meinung, daß in der Vertretung Montenegros durch Rußland absolut keine Inkonvenienz liege, denn es beweist dieses höchstens, daß auch Montenegro mit der erhabenen und edlen Denkungsweise des Kaisers Nikolaus II., dessen Intentionen und humanen Bestrebungen der Zusammentritt des Friedenskongresses im Haag vor allem zu danken ist, übereinstimmt, was doch nur erfreulich sein kann. Ich glaube daher, daß das Haus meine Antwort unbedenklich zur Kenntniß nehmen kann." (Allgemeine lebhafte Zustimmung.)

Das Haus nimmt die Antwort des Ministerpräsidenten zur Kenntniß.

Oesterreich-Ungarn.

Wir haben bereits gemeldet, daß der Fürstbischof von Brixen das jungtirolische Witzblatt „Scherer" wegen der darin enthaltenen Verherrlichung der Sonnwendfeier mit einer Art Interdikt belegt hat. Die betr. Stelle des fürstbischöflichen Hirtenbriefes lautet:

„Unter den Blättern der Landeshauptstadt, welche jener Versammlung ihre Sympathien entgegenbrachten oder nachgehends Beifall zollten, tritt eines ganz auffallend in den Vordergrund, dasjenige, welches sich „Scherer" nennt. Es ist zu bedauern, daß dieses Blatt, welches durch Ungezogenheit und rohe Ausbrüche gegen unseren heiligen Glauben sich ostentativ hervorthut, Leser und Unterstützung findet. Die antirelligiöse Haltung macht dieses Blatt zu einem schon an und für sich verbotenen, und ich erkläre, daß jeder, der dieses Blatt liest, bezahlt oder wie immer unterstützt, eine Gewissenspflicht arg verletzt."

Es ist nicht zum ersten male, bemerkt hierzu die wiener „N. Fr. Pr.," daß der Fürstbischof von Brixen in solcher Weise kirchliche Preßpolizei übt. Vor einigen Jahren hat Fürstbischof Simon ein ähnliches Verbot gegen die „Bozener Ztg." erlassen und das Lesen, Halten sowie die Verbreitung dieses Blattes untersagt. In der fürstbischöflichen Kurie in Brixen scheint man noch immer zu glauben, daß der Artikel 9 des Konkordates zu Recht bestehe, und von den tiroler Landesbehörden der gegenwärtigen Aera kann man kaum erwarten, daß sie dem Herrn Fürstbischof zu Gemüthe führen, daß die von ihm beanspruchte Censurgewalt mit dem Artikel 13 des Staatsgrundgesetzes schlechterdings unverträglich ist. — Nach einer späteren Meldung aus Innsbruck wird der Sonnwendfeier-Ausschuß mit dem Vice-Bürgermeister Dr. Exler an der Spitze zu dem Hirtenbriefe Stellung nehmen. Uebrigens findet, wie die klerikalen „Tiroler Stimmen" melden, am nächsten Sonntag „in allen Kirchen Innsbrucks eine feierliche Sühnandacht vor ausgesetztem Allerheiligsten mit Abbitte und Gebet für die Bekehrung der Sünder" statt.

Belgien.

Für den heute von der Kammer zu wählenden fünfzehngliedrigen Wahlausschuß nominirte die Linke Lorand, Journez, Vandervelde, Defuisseau und Furnémont. Die Rechte wird wahrscheinlich Woeste, de Naeyer, Helleputte, Theodor, Troos, Ligy, Broqueville, Delbeque, Tack und Hogois ernennen.

Italien.

In Italien fragt man sich nun, ob das königliche Dekret vom 22. Juni am 20. Juli Gesetzeskraft erlangen wird oder nicht. In dem Dekret selbst heißt es ausdrücklich, daß die Zustimmung des Parlaments nothwendig sei. Da der Sessionsschluß diese unmöglich gemacht hat, so weiß nun niemand, was mit dem Dekret geschehen wird. Mehrfach wird behauptet, das Ministerium habe sich gewissermaßen verpflichtet, das Dekret auch ohne die Zustimmung des Parlaments in Kraft zu setzen. Zu diesem Zweck soll eine neue Verordnung erscheinen, in der die Klausel der parlamentarischen Bewilligung fehlen würde. Das wäre aber eine Verletzung der Verfassung, und zwar nicht etwa nur nach der Ansicht der Sozialisten, sondern auch in den Augen der hervorragendsten Politiker Italiens. Sollte das Kabinet Pelloux sich stark genug fühlen, die Verantwortung dafür zu übernehmen?

Rußland.

Petersburger Blätter melden, daß die vom Reichsrath eingesetzte Spezialkommission sich einstimmig für fernere bedingungslose Zulassung ausländischer Kapitalien ausgesprochen hat.

Die Bitte des Kaisers Nikolaus von Rußland an den Prinzen Georg von Griechenland, Pathenstelle bei der jüngstgeborenen Großfürstin Maria übernehmen zu wollen, wird als ein erneuter Beweis des Wohlwollens des Zaren gegenüber dem Oberkommissar auf Kreta betrachtet. In politischen Kreisen erblickt man, wie der „Kreuzztg." geschrieben wird, in der Einladung eine Anerkennung für die bisherigen Erfolge des Prinzen in der Verwaltung der Insel. Man nimmt an, daß der Prinz mit der bevorstehenden Reise nach Petersburg auch einen Besuch bei den übrigen Schutzmächten verbinden wird.

* Der furchtbare Nothstand in Rußland zieht immer weitere Kreise: Die „Russkija Wedomosti" und die „Rossija" heben hervor, daß in vielen Nothstandsgegenden die Bauern einem neuen Elend entgegengehen, selbst wenn die Ernte noch so gut ausfallen sollte. Die Sache ist die, daß die Bauern häufig, um einstweilen nur leben zu können, die künftige Ernte bereits auf dem Halm verpfändet haben, und zwar zu Spottpreisen. Besonders ist dies im Gouvernement Samara geschehen. Voraussehen läßt sich, daß die Bauern nicht imstande sein werden, ihre Ernte einzulösen und diese somit den Geldleihern anheimfallen wird. Ueber den Saatenstand im Süden Rußlands, in den Gouvernements Cherson, Taurien und besonders Bessarabien, wo es bereits an Brot fehlt, lauten die Berichte immer trauriger. Viele Bauern verkaufen schon ihre Pferde um den Preis der Haut, das ist 2 bis 3 Rubel per Stück, oder lassen sie auf den Wiesen frei, weil ihnen die hohen Futterpreise das Halten der Thiere unmöglich machen. Es findet sich auch niemand, der die Thiere kaufen würde; denn die Noth ist eine allgemeine, und das Heu kostet 65 Kopeken per Pud (gleich 40 russischen Pfunden.) Ebenso herrscht Noth an Nahrungsmitteln. Die Bauern verkaufen sogar schon ihr Geflügel, das sie nicht mehr mit Futter versorgen können. In 28 Bezirken des Kreises Aleksmann ist die Noth so groß, daß es nicht nur an Nahrungsmitteln mangelt, sondern auch weder Samengetreide noch Viehfutter vorhanden ist, und die Gemeindeämter haben weder Geld noch Reservevorräthe, um der Noth zu steuern. Die „Russkija Wedomosti" rufen nun die Gesellschaft auf, den Bauern zur Auslösung ihrer Felder und sonstigen verpfändeten Besitzes behilflich zu sein und zwar ihnen das Geld nicht zu schenken, sondern gegen jährliche Rückzahlung zu leihen. Aber wohl nicht mit Unrecht fürchtet das Blatt, daß die Kräfte der Gesellschaft hierfür nicht ausreichen dürften. Es sieht nur einen Ausweg, den das Staatsinteresse gebieterisch fordere: alle Verpfändungsgeschäfte bezüglich der Aussaat für ungiltig zu erklären und den Gläubigern

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18990706026/fragment/page=0002

anheimzustellen, nur das zurückzuerhalten, was sie wirklich gegeben haben, und zwar in natura oder in Geld.

In Finland nimmt die Auswanderung einen so großen Umfang an, daß die russischen Behörden und die russischen Konsuln im Auslande sich eingehend mit ihr beschäftigen müssen. Dauert die Auswanderung so an, wie sie mit Jahresbeginn sich entwickelt hat, so dürften dies Jahr allein aus dem Bezirk Oesterbotten 12—15,000 Menschen auswandern. Der Hauptstrom an Auswanderern geht jetzt nach Nordamerika.

Bulgarien.

Neueste Nachrichten aus Sofia, die der „Voss. Ztg." telegraphisch zugehen, melden, daß ernste, von der Opposition der Sobranje angeregte Unruhen ausgebrochen sind. Das fürstliche Schloß ist von großen Truppenmassen umgeben, auch die Umgebung der Stadt ist militärisch besetzt, um Zuzug zu verhindern. Wie weit diese Gerüchte, die auch von anderer Seite gemeldet werden, begründet sind, ist zur Stunde nicht zu ermitteln. Dem „Pest. Lloyd" wird aus Belgrad sogar telegraphisch gemeldet, dort sei aus Czaribrod die Nachricht eingetroffen, daß in Bulgarien die Revolution ausgebrochen und Fürst Ferdinand entthront worden sei. Die Nachricht könne auf ihre Richtigkeit nicht geprüft werden, da der telegraphische Verkehr zwischen Belgrad und Sofia unterbrochen ist. — Durch eine Entthronung des Fürsten Ferdinand würden sich jedenfalls die Finanzen Bulgariens auch nicht gerade verbessern.

Nordamerika.

Die „Isthmus-Kommission," welche die jeweiligen Vortheile des Panama- oder des Nicaragua-Kanals abzuwägen hat, soll ihren Bericht im November einreichen, damit er dem Kongresse rechtzeitig und zugleich mit einer Regierungsvorlage zugehen kann. Die Parlaments-Session beginnt bekanntlich im Dezember und wird mit in erster Linie unter dem Zeichen des Nicaragua-Kanals stehen; von ihrem Ausgang ist auch nicht zum geringsten Theil das Schicksal der Wiederwahl Mac Kinley's abhängig.

Gerichtsverhandlungen.

Halle, 5. Juli. [Schwurgericht.] Wegen Sittlichkeitsverbrechens angeklagt war der Dienstknecht Karl Lathan aus Großgräfendorf bei Lauchstädt. Lathan stammt aus Teutschenthal, ist 25 Jahre alt, unverheirathet und unbestraft. Es wurde ihm zur Last gelegt, am 17. April in der Flur Großgräfendorf mit Gewalt unzüchtige Handlungen an einer unverehelichten schlesischen Arbeiterin verübt zu haben. Die Verhandlung erfolgte unter Ausschluß der Oeffentlichkeit. Nach dem Spruch der Geschworenen wurde Lathan des erwähnten Verbrechens nichtschuldig befunden, dagegen schuldig der thätlichen Beleidigung. Er wurde daher zu 2 Monaten Gefängniß verurtheilt. Bei Abmessung der Strafe war erwogen worden einerseits die ziemlich schwere, der Beleidigten zugefügte Ehrenkränkung, andererseits aber auch die bisherige Unbestraftheit des Angeklagten und der Umstand, daß er in seiner damaligen Erregung die Tragweite seiner Handlungsweise nicht zu ermessen vermocht habe. Deshalb war die vom Staatsanwalt beantragte Strafe als angemessen erachtet. Der Angeklagte hat 14 Tage in Untersuchungshaft zugebracht. Er erklärte sich zum sofortigen Antritt der über ihn verhängten Strafe bereit.

Provinzialnachrichten.

* **Brehna**, 5. Juli. [Schulfest.] Am Sonntag den 9. und Montag den 10. d. findet das diesjährige Schulfest statt. Der Auszug beginnt an beiden Tagen nachmittags um 3 Uhr. Außerdem ist an beiden Tagen im Schützenhause Konzert. Bei schlechtem Wetter wird das Fest um eine Woche verlegt.

* **Delitzsch**, 4. Juli. [Aufgehobenes Begräbniß.] Auf Veranlassung der Königl. Staatsanwaltschaft wurde das für gestern nachmittag angesetzte Begräbniß eines in der halleschen Klinik verstorbenen jungen Mädchens inhibirt. Der Bruder des Mädchens soll Anzeige erstattet haben, daß dieses infolge Mißhandlung seitens des Vaters krank geworden und dann gestorben sei.

O **Wittenberg**, 5. Juli. [Maul- und Klauenseuche.] Unter dem Rindvieh, den Ziegen und Schweinen der Umgegend grassirt schon seit Monaten die Maul- und Klauenseuche, die namentlich unter dem Kleinvieh zahlreiche Opfer gefordert hat. Jetzt ist die Seuche auch in die Stadt gekommen, und es sind an derselben die zwei 1 und 4 Jahre alten Kinder des Seifenfabrikanten Glona erkrankt, und zwar das jüngste Töchterchen verhältnißmäßig leicht, so daß dieses nach leichtem Verlauf bereits wieder hergestellt ist. Schwerer und lebensgefährlich ist das vierjährige Töchterchen erkrankt, das gestern thatsächlich in Lebensgefahr schwebte, sich heute aber etwas besser befindet und außer Gefahr ist. Wie die Kinder zu der Ansteckung gekommen sind, ist um so räthselhafter, als sie nur abgekochte Milch erhalten haben, doch ist die Natur der Krankheit zweifellos, da zwei Aerzte, unabhängig von einander, zu der gleichen Diagnose gekommen sind. — Man sagt, daß schon zahlreiche Kinder an der Seuche erkrankt waren, daß die Krankheit ihrer Neuheit wegen aber nicht erkannt und als Hals-, Mund- oder Mandelentzündung behandelt worden ist.

* **Magdeburg**, 5. Juli. [Ein Kind verbrannt.] Bei einem Brand, der gestern abend in der Dachwohnung des Hauses Berlinerstraße 23/24 ausbrach, kam der dreijährige Knabe der Frau Hellmuth elend ums Leben. Die Frau hatte, wie die „M. Ztg." berichtet, auf kurze Zeit ihre drei Kinder, den dreijährigen Knaben und zwei jüngere Kinder, allein gelassen, nur um aus einem im selben Hause befindlichen Laden etwas Abendbrot zu holen. Nach dem Befund, den vielen am Fußboden liegenden halbverbrannten Streichhölzern, muß der Junge mit diesen gespielt, sie angezündet und seine Kleider in Brand gesteckt haben. Als die Mutter zurückkam, war das Unglück geschehen; mit knapper Noth konnte sie noch die beiden jüngsten im Wagen liegenden Kinder aus der Stube herausholen; den Jungen zu holen war ihr infolge des starken Rauches nicht mehr möglich. Auf das Geschrei der Frau wurden die Bewohner aufmerksam und alarmirten die Feuerwehr. Von dem auf Fahrrädern vorfahrenden Sappeurtrupp drang der erste Feuermann vielleicht 3 Minuten später ohne Rauchmaske in das Zimmer ein; er fand das Kind auf dem Fußboden liegend und brachte es, schwer verbrannt, leider in todtem Zustande, den nacheilenden Mannschaften entgegen. Außer den Schuhen und Strümpfen waren dem Kinde die sämmtlichen Kleidungsstücke heruntergebrannt, auch der kleine Körper war an vielen Stellen dermaßen verbrannt, daß der Tod vermuthlich bald eingetreten ist. Das Feuer hatte auch weiter wenig Nahrung gefunden, nur der Tisch und ein kleiner Kinderstuhl waren etwas angebrannt.

* **Erfurt**, 5. Juli. [Schlimmer Sturz.] Die 7 Jahre alte Tochter eines Maurers in Ilversgehofen stürzte die Haustreppe hinab und war sofort todt.

* **Erfurt**, 5. Juli. [Diebstahl am Postschalter.] Ein hiesiger Kaufmannslehrling sollte bei der Post etwa 1500 M. einzahlen. Unvorsichtigerweise setzte er den Beutel mit dem Gelde am Schalter nieder und ging dann einen Augenblick zur Verkaufsstelle für Postwerthzeichen. Als er wieder zurückkam, war zu seinem Entsetzen das Geld verschwunden. Der Dieb ist noch nicht ermittelt.

K. **Erfurt**, 5. Juli. [Gesteigerte Pacht. — Brieftaubensport.] Gestern stand im Eisenbahn-Verwaltungsgebäude ein Termin an zur Neuverpachtung der Bahnhofswirthschaft zu Neudietendorf. Der kürzlich verstorbene Pächter Friese hatte 6000 M. jährlich gezahlt. Diesmal waren 59 Bewerbungen eingegangen. Das Meistgebot gab ein Herr aus Kottbus mit 10,000 M. jährlich ab. Der Zuschlag wird innerhalb 3 Wochen ertheilt werden. — Der Vorstand des „Erfurter Brieftaubenklubs" sandte eine größere Anzahl ältere Brieftauben nach dem 350 Kilometer in der Luftlinie von Erfurt entfernten Züllichau. Am Sonntag früh 8 Uhr wurden dort die Thiere bei leicht bewölktem Himmel in Freiheit gesetzt. Die ersten trafen bereits um 3 Uhr 20 Minuten nachmittags bei strömendem Regen in Erfurt ein. Sie hatten somit eine Geschwindigkeit von 800 Meter per Minute erreicht.

— [Erledigte Stellen für Militäranwärter im Bezirk des IV. Armeecorps.] 1. September 1899: Aschersleben, Magistrat, zwei Nachtpolizeisergeanten, je 1150 M. Gehalt, die erledigten Stellen sind pensionsberechtigt. — 1. Oktober 1899: Bitterfeld, Magistrat, Schulkastellan, 720 M. pro Jahr neben freier Wohnung und Heizung, der Kastellan darf Nebenarbeit nicht betreiben; die Stelle ist nicht pensionsberechtigt. — 1. Juli 1899: Coswig (Anhalt), Herzogl. Direktion der Strafanstalt, Strafanstaltsaufseher. Nach Ablauf der Probedienstzeit auf 3monatige Kündigung, später auf Lebenszeit, 1300 M. Anfangsgehalt und 100 M. Dienstbekleidungszuschuß, Aufsteigen im Gehalt bis zu 1700 M. durch Zulagen von 75 M. je nach 4 Jahren.

* **Ballenstedt**, 4. Juli. [Der Harzverein für Geschichts- und Alterthumskunde] hielt seine 32. Haupt- und Jahresversammlung am Montag und Dienstag hier ab. Festvorträge hielten Hofprediger Schubert-Ballenstedt über „die Endgeschichte und die Auflösung der drei anhaltischen Harzklöster Frose, Ballenstedt und Gernrode", und Regierungs- und Baurath Brinkmann-Braunschweig über „Ausgrabungen älterer Kultusstätten (Burgen, Kirchen und Kapellen) auf dem Harze" im Anschluß an eine große Anzahl ausgehängter Zeichnungen. Zur Berathung und Annahme des nach dem Bürgerlichen Gesetzbuche erforderlichen neuen Vereinsstatuts soll eine zweite Hauptversammlung in Goslar stattfinden.

* **Bernburg**, 6. Juli. [Der Herbergsverband für die Provinz Sachsen und das Herzogthum Anhalt] hält am Montag, den 10. Juli, nachmittags hier im Café Zimmermann seine 13. Generalversammlung ab.

* **Arnstadt**, 5. Juli. [Wahl. — Submissionsblüthen.] Dr. Haberman, Direktor der hiesigen städtischen Gasanstalt, wurde zum Direktor des Gas-, Wasser- und Elektricitätswerkes in Greifswald gewählt. — Beim Submissionswesen ereignen sich bekanntlich die sonderbarsten Dinge. So lautet von den Angeboten für die Legung der eisernen Wasserleitungsröhren in Arnstadt das niedrigste auf etwa 40,000 Mk., während das höchste gegen 113,000 M. beträgt.

* **Aus dem Königreich Sachsen**, 5. Juli. [Ein Raubmordversuch] wurde an der Frau Oesterreich aus Göppersdorf bei Burgstadt auf dem Wege nach Helsdorf an der Peniger Forstecke verübt. Zu der in den 60er Jahren stehenden Frau, die in Helsdorf Einkäufe machen wollte, gesellte sich unterwegs ein jüngerer Mann und begann mit ihr ein Gespräch. Da die Frau merkte, daß ihr Begleiter in der Hand einen in ein Tuch eingewickelten größeren Stein trug, schöpfte sie Verdacht und äußerte gegen den Fremden, um ihn glauben zu machen, daß sie nicht ohne Schutz sei, ihr Mann befinde sich in der Nähe im Forst, um Pilze zu suchen. Der Fremde schenkte dem aber keinen Glauben, denn in der nächsten Waldlichtung schlug er der Frau mit dem in das Tuch eingewickelten Stein mehrmals auf den Kopf; doch konnte die Frau durch die vorgehaltenen Hände die Wucht der Schläge mildern. Ihr lautes Hilfegeschrei verscheuchte schließlich den Unhold. Die Frau konnte sich noch bis Helsdorf schleppen, wo ihr die erste Hilfe zutheil wurde. Der Verbrecher ist leider entkommen; der Zustand der armen Frau ist sehr bedenklich.

S. **Leipzig**, 5. Juli. [Zur Bürgermeisterwahl. — Ansichtskarten.] Herr Oberbürgermeister Dr. Dittrich-Plauen, der hier zum zweiten Bürgermeister erwählt wurde, hat amtlich angezeigt, daß er die auf ihn gefallene Wahl unter gewissen Voraussetzungen, die sich auf Gehalts- ꝛc.-Verhältnisse beziehen, annehme. Dr. Dittrich verlangt, daß ihm eine Umzugsentschädigung von 15 Proz. seines Gehaltes gewährt und eine Zahl der seither verbrachten Dienstjahre als pensionsberechtigt angerechnet werden. Der Rath wird hierüber in seiner nächsten Sitzung Beschluß fassen. — Die Ortsgruppe Leipzig des Centralvereins für Ansichtskartensammler hat dem Verein für die Geschichte Leipzigs ein interessantes Geschenk gemacht. Es sind dies über 1800 Ansichtskarten, deren Sujets ausschließlich Leipziger Bauten, Scenen aus dem Leben, Restaurants ꝛc. behandeln. Man kann sich einen Begriff von dem Umfange der Postkartenliebhaberei machen, wenn aus einer einzigen Stadt 1800 Ansichten stammen.

Vermischtes.

Einen bisher noch nicht veröffentlichten Brief von „unserem Fritz" enthalten die im Anschluß an die Erinnerungen „Aus dem Leben König Karl's von Rumänien" (Stuttgart, Cotta), soeben von dem verdienstvollen englischen Schriftsteller Sidney Whitman unter dem Titel „Reminiscences of the king of Roumania" in London und New York bei Harper & Brothers erschienenen Memoiren. Withman hat, da das deutsche Memoirenwerk bisher erst bis 1878 reicht, die Erzählung, wohl auf Grund direkter Mittheilungen aus Bukarest, bis in die neunziger Jahre fortgeführt und auch einige Dokumente hinzugefügt, die bisher wohl überhaupt noch nicht gedruckt worden sind. Unter diesen finden wir einen Brief des damaligen deutschen Kronprinzen vom 19. Oktober 1878 an den König, also aus der Zeit, da Kronprinz Friedrich Wilhelm nach Nobiling's Attentat die Regentschaft führte. Nachstehend geben wir, nach den „L. N. N.," leider nur in Rückübersetzung aus dem Englischen, einige Hauptstellen des Briefes, aus denen die Erwähnung eines Pariser Incognito-Aufenthaltes des jetzigen Kaisers Wilhelm's II. und die Aeußerungen über die Sozialdemokratie von besonderem Interesse sind. Der Kronprinz schreibt:

. . . . Du hast mit uns empfunden, welch schwerer Schlag uns Alle betroffen hatte, und hast Dich mit uns über die Wiederherstellung des theuren Kaisers gefreut, den ich in Kassel und Baden wundervoll wohl fand. Seine Frische und Beweglichkeit, Gedächtniß und Geisteskräfte sind vollständig erhalten geblieben. Nur sagen diejenigen, die ihn täglich sehen, daß geistige Arbeit ihn leicht ermüdet. So ist die Wiederaufnahme seiner amtlichen Pflichten noch weiter vertagt worden, und ich werde wohl nicht vor Dezember und seiner Rückkehr von Wiesbaden nach Wien von dieser Last frei werden. . . . Vor wenigen Tagen haben wir Heinrich für zwei Jahre Lebewohl gesagt. Nie ist eine Trennung mir so schwer aufs Herz gefallen, wie diese. Er reist um Cap Horn via Rio und wird dann zur Station in Japan gehen. Wilhelm ist eben aus England und Schottland zurück; er hat Charlotte und Bernhard in Paris getroffen, wo sie sich im strengsten Incognito herrlich (immensely) amüsirt haben. Meine Frau und ich sind leidlich wohl, trotz dieser unruhigen Zeiten, die mir in weniger als einem halben Jahr einen Friedenskongreß, Hochzeitsfeiern, besondere Gesetzgebung, Reichstagsauflösung und die Ausführung eines Todesurtheils gebracht haben. In all diesen Ereignissen sehe ich Gottes Willen, daß ich alles kennen lernen soll, was mir für später noch bevorsteht. Aber es ist nicht leicht, die Rechte auszuüben und alle Lasten eines Monarchen nach bestem Können und Gewissen zu tragen, ohne allein die Verantwortung zu übernehmen. Morgen schließt der Reichstag seine Berathungen; hoffen wir, daß das Sozialisten-Gesetz den Beginn einer Radikalkur bedeutet, durch welche das Uebel überwunden werden kann. Es wird uns jedoch viel Mühe kosten, bis wir diese Mißgeburt los sind, die mit so unglaublicher Schnelligkeit gewachsen ist, seit die Lehren dieser unheilvollen Gesellschaft ein so breites Publikum finden, und seit die Mordversuche, die jetzt noch zunehmen werden, die Richtung zeigen, in die sich eine mißverstandene Anwendung (sc. der sozialistischen Lehren) verliert.

Der Zutritt zum Bismarck-Mausoleum. Um denjenigen, welche die Absicht haben, das Grabmal des Fürsten Bismarck in Friedrichsruh zu besuchen, Klarheit zu verschaffen, unter welchen Bedingungen und Verhältnissen dies möglich ist, haben die „Dresd. Nachr." an die Schloßverwaltung daselbst eine Anfrage gerichtet und darauf folgendes Schreiben erhalten: „Auf Ihr gefälliges, an die hiesige Schloßverwaltung gerichtetes Schreiben vom 28. v. M. theile ich ergebenst mit, daß der Zutritt zur Gruftkapelle dem Publikum bisher noch nicht hat freigegeben werden können (wegen mangelhafter Austrocknung des Baues ꝛc.). Nach erfolgter Freigabe, deren Zeitpunkt sich heute noch nicht bestimmen läßt, wird wegen des beschränkten Raumes stets nur eine geringe Zahl von Personen auf einmal hinein gelassen werden können; es wird sich daher empfehlen, nicht zu zahlreich zu kommen. Einigen Vereinen ist, auf vorherige Anfrage, der Zutritt bisher gestattet worden, doch auch nur in kleinen Gruppen auf einmal. In vorzüglichster Hochachtung Ihr ergebenster Dr. Chrysander."

Schlangenjagd in Berlin. In nicht geringe Aufregung geriethen die Einwohner des Hauses Kloedenstraße 7 in Berlin. Ein Theil der Miether hielt sich in dem hinter dem Hause befindlichen Garten auf, als plötzlich aus der im dritten Stockwerk belegenen Wohnung des Herrn C. der Ruf erscholl: „Eine Schlange!" Herr C., der sich selbst im Garten befand, eilte sofort mit mehreren Nachbarn in seine Wohnung, wo er seine Frau halb ohnmächtig vor Schreck antraf. Sie hatte aus einem Salzfaß etwas Salz nehmen wollen, als ihr plötzlich eine ca. 40 cm lange Schlange entgegenschoß. Beim Eintreffen der Nachbarn lag das Reptil züngelnd auf dem Küchenherd. Es gelang Herrn C. mit Hilfe einiger anderer Herren, die Schlange in einen Topf zu jagen und den Kopf des Thieres zwischen Rand und Deckel zu klemmen, um es darauf zu köpfen. Bei genauer Betrachtung des Thieres stellte es sich heraus, daß es sich um eine Kreuzotter handele, die die Familie höchstwahrscheinlich einige Tage vorher von einer Landpartie aus der Wuhlhaide in einem Korbe unwissentlich mit in die Wohnung geschleppt hatte.

Ein Legat von 200 Millionen Frcs. ist von dem Baron und der Baronin Hirsch den Juden in Palästina vermacht worden mit der Bestimmung, dessen jährliche Zinsen von 6 Mill. zur Unterstützung der Juden und zu kolonisatorischen Zwecken zu verwenden. Von den diesjährigen 6 Millionen ist ein erheblicher Theil an die Juden in Jaffa gefallen und es wurde sofort ein Grundstück am Meeresstrand — am nördlichen Ende von Jaffa gelegen — erworben, auf dem nun ein jüdisches Krankenhaus errichtet wird. Ein anderer Theil der Legatszinsen soll für kolonisatorische Zwecke verwendet werden.

Italienische Banditen. In der Nähe von Niscemi auf Sizilien überfielen zwei Straßenräuber den von Caltagirone kommenden Postwagen. Der Kutscher, den das unerwartete Zusammentreffen mit den Räubern ganz bestürzt gemacht hatte, hielt sofort die Pferde an. Die Banditen befahlen dem Kutscher und dem Conducteur, sich zu Boden zu werfen, das Gesicht nach unten, und plünderten dann den Postwagen vollständig aus, indem sie sich sämmtlicher Postsäcke, von denen einige Werthsachen und Geldbriefe enthielten, bemächtigten. Dann entfernten sich die Briganten, nachdem sie den Ueberfallenen befohlen hatten, nicht das Haupt zu erheben, wenn ihnen ihr Leben lieb sei. Glücklicherweise befand sich kein Passagier im Postwagen.

Personalnachrichten. Der Porträtmaler Hans Scherenberg, ein Sohn des vor zwei Jahren verstorbenen bekannten „Ulk"-Zeichners, ist im Alter von 34 Jahren in Groß-Lichterfelde infolge eines Herzleidens aus dem Leben geschieden. — Ferner starb in Thorn der Stadtälteste Moritz Schirmer und in Paris der berüchtigte Spitzel Guenée, der Verfasser der von Mercier und später von Henry bestellten Polizeiangebereien gegen Dreyfus und Picquart. — Wie kairenser Blätter melden, beabsichtigt die Prinzessin Chimay ein französisches Wochenblatt unter dem Titel „Le Caire Mondain" herauszugeben. Dem Blatte soll auch eine englische Uebersetzung beigegeben werden. — Der Appellhof von Turin hat die Verurtheilung zu 3 Monaten und 22 Tagen Gefängniß bestätigt, die vor einiger Zeit von der Strafkammer gegen das Fräulein Paola Lombroso, jetzt Frau Carrara, die Tochter des berühmten Professors Cesare Lombroso, wegen eines sozialistischen Zeitungsartikels ausgesprochen wurde. Frau Carrara-Lombroso wird die Strafe jedoch nicht verbüßen, da sie ihr auf Grund des letzten Amnestiedekrets erlassen wird. — Ein Telegramm aus Atlanta (im Staate Georgia) meldet, daß ein Fräulein Eichberg 2000 Doll. gesammelt hat, welche dazu dienen sollen, Dreyfus einen Ehrendegen anzubieten.

Grosser
Inventur-Ausverkauf.
Der Inventur-Ausverkauf dauert nur kurze Zeit und werden diese aussergewöhnlich günstigen Gelegenheitskäufe alljährlich nur einmal geboten.

Geschäftshaus
J. Lewin
Halle a. S., Marktplatz 2 u. 3.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18990706026/fragment/page=0003
DFG

Die sicherste Hilfe

bei Krankheiten aller Arten bietet Dr. med. Sanchés pat. **Oxydonor Victory**, wie zahlreiche Atteste der höheren Kreise hierorts beweisen. Der Apparat, ein 41jähriges Studium des Erfinders, überträgt dem Körper als nöthiges Lebenselement den Sauerstoff der Natur, wodurch die üblen Substanzen aus dem Körper schmerzlos entfernt werden. Ueberraschende Resultate werden in kurzer Zeit bei Asthma, Rheumatismus, Schlaganfällen, Flechten-, Frauen-, Zucker- und Geschlechtskrankheiten, wo selbst ärztliche Hilfe vergebens war, erzielt, was bei uns eingesehen werden kann.
Gegen Fieber aller Art empfehlen wir ganz besonders unseren Apparat „**Panaxora**". Zur vollständigen Ueberzeugung gewähren in und außer dem Hause Probeanwendungen.

Leipzig 3, Dorotheenstr. 10 (Villa). **Rukin & Albrecht.**

„Edelweiss."
Dampfwäscherei und Plättanstalt,
Fernsprecher 1257. Karlstr. 13.
Abholung, sowie Zusendung geschieht durch eigenes Gespann und kostenfrei.
Man verlange Preis-Verzeichniß.

Maculatur
zu verkaufen Gr. Brauhausstr. 16.

Ohne Ziehungsverlegung, ohne Reducirung des Gewinnplanes.

Vierte Berliner
Pferde-Lotterie

Ziehung unwiderruflich
am 11. Juli 1899
3233 Gewinne = Mark 102000 Werth
Hauptgewinne
15000, 10000, 9000, 8000 M.
Loose à 1 Mark, auf 10 Loose ein Freiloos, Porto und Liste 20 Pfg., empfiehlt und versendet auch gegen Briefmarken

Carl Heintze, General-Debit, BERLIN W. (Hotel Royal) Unter den Linden 3.

Reichsbank Giro-Conto.

Patente Gegr. 1875
BERLIN C.
A. Kuhnt & R. Deissler
Gebrauchsmuster
Marken im In- u. Auslande.

Buchführung,
dopp. ital. 25 M. — einf. 15 M. — Einzel-Unterricht. Revisionen, Monats- und Jahres-Abschlüsse, Inventuren u. vollständige Neueinrichtung der Bücher übernimmt **F. C. Beyer,** Buchhalter, ein Krutenbergstraße 9.

Zur Capitals-Anlage
können wir
3½%, 3¾% u. 4% bis 1908 unkündbare Pfandbriefe
verschiedener **Hypothekenbanken**
vom Lager jederzeit **kostenfrei** abgeben.
Ernst Haassengier & Co., Bankgeschäft.

Neu erschienen. **Frachtentarif ab Halle a/S.** Neu erschienen.
9000 Stationen, Tarifvorschriften, Güterclassification
empfiehlt und ist zu haben bei dem Herausgeber
Spediteur **G. Vester,** Comtoir Centralgüterbahnhof,
sowie bei **Carl Pritschow,** Bernburger Str. 28a,
Friedrich Nalsch, Gr. Steinstraße 11,
G. Pellicciori & Co., Gr. Ulrichstr. 17.

Für
Wasserfahrten und Sommerfeste
empfiehlt
in **grossartigster** Auswahl
Zug-, Ballon- u. Façonlaternen, Luftballons, Illuminationslämpchen, Transparente und andere **Dekorationen** f. Gärten u. Säle, **Kinderfahnen, Fackeln, Feuerwerkskörper** ꝛc. ꝛc.
Albin Hentze,
24 Schmeerstr. **24.**

Vereinigte Staaten von Mexico.

Umtausch der Anleihen von 1888, 1890 und 1899 sowie der 5% Obligationen der Tehuantepec-Eisenbahn in 5% conf. Mexicanische Anleihe von 1899, unkündbar bis 1909. Zu näherer Auskunft und Annahme von Zeichnungen halte mich bestens empfohlen.
Woldemar Thoss, Bankgeschäft,
Schulstraße 7, I.

Den Umtausch der
6 proz. Mexicanischen äusseren Anleihen von 1888, 1890 u. 1893
5 proz. Obligat. der National-Staats-Eisenbahn von Tehuantepec
in Stenerfreie 5 proz. consolidirte Mexicanische äussere Anleihe vom Jahre 1899 besorgen **kostenfrei**
Frenkel & Poetsch. Paul Schauseil & Co.

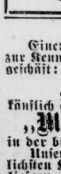
Bade-Anzüge,
Bade-Mützen,
Bade-Pantoffeln,
Bade-Mäntel,
Bade-Laken,
Bade-Handtücher
etc. etc.
empfiehlt
in grosser Auswahl
H. C. Weddy-Pönicke,
Leipziger Strasse 6 u. 7.

Vor den bevorstehenden Sommerreisen empfehlen wir dringend, Hausmobiliar und Werthgegenstände gegen
Einbruchs-Diebstahl
bei der **Aachener u. Münchener Feuer-Vers.-Gesellsch.**
zu versichern. Die Prämien sind **billig,** die Bedingungen **einfach** und **günstig.** Prospecte werden auf Wunsch **kostenfrei** zugesandt. **Auskunft ertheilen die Agenten der Gesellschaft und die General-Agentur Halle a/S.**
v. Carlsburg,
Halle a. S., Magdeburger Str. 49. Fernsprecher Nr. 873.

Jul. Soeding & v. d. Heyde, Hoerde i/W.
Maschinenbau-Anstalt und Kesselschmiede. (ad

Liegende Ausziehkessel und **stehende Röhrenkessel** bis 30 qm Heiztl. auf Lager.
Größere Röhrenkessel und **Kessel anderer Bauart** in kurzer Zeit lieferbar.
Preislisten unentgeltlich.

Der gerichtliche Ausverkauf der zur **L. Mathias**'schen Concursmasse gehörigen Waarenbestände wird täglich im **Geschäftslokal Leipziger Straße 63 von 9—12 und 3—6 Uhr** fortgesetzt.
Vorhanden sind noch:
Weiße Cravatten in Partien per Dtzd. von 40 ₰ an, weiße Glacée-Handschuhe, Winterhandschuhe, **Muffen, Jagdwesten,** Kleiderstoffe, Schneiderutensil, wollene Unterröcke, Baby-Sachen, Capotten, garnirte und ungarnirte Strohhüte, Oberhemden, Corsetts, Fäustlinge für Kinder, Ball-Shawls, Tarlatans, Sammete u. s. w.
Otto Knoche,
Verwalter der **L. Mathias**'schen Concursmasse.



Das solideste Fahrrad ist
„Wanderer".
Verkaufsstelle: **Otto Giseke,** Gr. Steinstrasse.

P. P.
Einem hochgeehrten Publikum von Halle bringen wir hierdurch zur Kenntniß, daß wir das **Brüderstrasse Nr. 2** belegene Milchgeschäft:
„Zscherbener Milchstube"
käuflich erworben und vom 1. Juli ab unter der Firma:
„Milchhalle der Molkerei Schafstädt"
in der bisherigen Weise weiterführen werden.
Unser Etablissement ist durch die **neuesten Maschinen** und die **vorzüglichsten Kühlanlagen** in den **Stand gesetzt,** stets **hochfeine Produkte** zu liefern und den **weitgehendsten Ansprüchen zu genügen, wie die vielen,** uns auf allen beschickten Ausstellungen zu Theil geworden Auszeichnungen beweisen.
Wir werden Alles aufbieten, den guten Ruf des erworbenen Geschäfts nach jeder Richtung hin zu erhalten und zu vermehren.
Die von uns gelieferte Milch wird nach dem patentirten **Cassé**'schen Verfahren gekühlt und als Eismilch verkauft. Dieselbe hat den großen Vorzug, absolut rein zu sein, wodurch sie in bisher unerreichter Weise haltbar wird.
Auf der Kochkunst- und Nahrungsmittel-Ausstellung in Magdeburg im Mai d. Js. wurde unsere Milch mit der goldenen Medaille prämiirt.
Wir bitten die geehrten Hausfrauen, sich durch Versuche von den Vorzügen unserer Produkte selbst zu überzeugen.
Bestellungen nimmt Frl. **L. Jander,** welche die Leitung des Geschäfts auch fernerhin behält, jederzeit entgegen, und werden die Produkte den werthen Kunden gern ins Haus gesandt.
Hochachtungsvoll
Molkerei-Genossenschaft,
e. G. mit unbeschr. Haftpflicht zu Schafstädt.

Trinkt keinen Kakao, der vom Ausland kommt und durch Zoll und Spesen vertheuert ist; trinkt aber auch keinen durch marktschreierische Reklame empfohlenen Kakao. Dagegen trinkt Kakao, welcher auf naturgemässe Weise zu höchster Löslichkeit, Verdaulichkeit und Ergiebigkeit gebracht worden und absolut rein ist. Ein solcher Kakao ist nachgewiesenermassen die Marke **„UALA"** der Fabrik **Bernh. Rost** in **Halle a. S. 1.** Gegr. 1859.

Wäscherollen, Hobelbänke
liefert in allen Größen und Sorten
A. Höhl, Leipzig, Turnerstraße 6.

Havana-Honig,
kein Kunstprodukt „Zuckerhonig", sondern garantirt reinen Bienenhonig, empfiehlt in bester Qualität à Pfd. 75 ₰, bei 5 Pfd. 70 ₰
Carl Booch,
Breitestraße 1 und **Markt Rother Thurm Nr. 12.**

Lettes Fleisch ohne Schwarte zum Ausbraten,
von hiesigen **Landschweinen,** à Pfund **65 Pfg.,** bei Entnahme von 5 Pfund à Pfund **60 Pfg.** empfehlen
Wilhelm Nietsch, Hoflieferant, Leipziger Str. 77, Fernspr. 166.
Wilhelm Nietsch jun., Geistr. 17, Fernsprecher 1152.

Rubinat - Dr. Llorach
Natürliches spanisches Bitterwasser
„nimmt unter sämmtl. Bitterw. durch ungew. hohen Salzgehalt den **ersten Rang** ein."
Dr. Ulex, Hamburg. — Dr. Bender & Dr. Hobein, München.
Dosis nur ein bis einige Esslöffel. — Preis 90 Pfg.
Consum pr. Jahr über 1½ Millionen Gefässe.
Erhältlich durch Mineralwasser-Handlungen, Apotheker und Droguisten

---

Wir versenden täglich
frische Butter
aus sterilisirter Vollmilch, 9 Pfund frco. ℳ 10.—. **Molkerei Bergen a. D.**

Meiler-Holzkohle,
Buchen u. Kiefern,
hält stets vorräthig
Otto Westphal,
Poststrasse 18 und Canenaer Weg.

Die Expeditionen der Saale-Zeitung befinden sich
Gr. Berlin, Neue Promenade 1 und Markt 21 (Wangegebäude).

Für den Anzeigentheil verantwortlich: W. König in Halle. Halle. Druck und Verlag von Otto Hendel. Mit 2 Beiblättern.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18990706026/fragment/page=0004